



PARLAMENT
Präsident d. Nationalrates
1017 WIEN

A. Ötzberger

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	<i>65</i> -GE/19 <i>12</i>
Datum:	8. JULI 1992
Verteilt	<i>10</i> Juli 1992 <i>li</i>

Wien, 7. Juli 1992
fd/101

Stellungnahme zum Bundesbediensteten-Gleichbehandlungsgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die SPÖ-Frauen begrüßen den Entwurf eines Bundesgesetzes über Gleichbehandlung und Förderung von Frauen im Bundesdienst. Es ist eine langjährige Forderung, daß das derzeit gültige Gleichbehandlungsgesetz auch auf den öffentlichen Dienst ausgedehnt werden soll. Der Staat als Arbeitgeber sollte nicht anderen gesetzlichen Bestimmungen unterliegen als der private Sektor und sogar Vorbildwirkung in Sachen Gleichbehandlung von Frau und Mann haben.

Die SPÖ-Frauen sind mit den im vorgeschlagenen Gesetzesentwurf vorgesehenen Bestimmungen einverstanden, lediglich bezüglich der Bestimmungen über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz wären nach Ansicht der SPÖ-Frauen strengere Maßnahmen notwendig.

Hochachtungsvoll

Irmtraut Karlsson

Irmtraut Karlsson
Bundesfrauensekretärin

Bundesfrauenkomitee

1014 Wien, Löwelstraße 18 · Tel. 534 27/272 Dw

Telex 114 198 · Telefax 534 27/292